№ 30
B 15

Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 18. Januar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

30 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteil.): Jul. Elbau, Berlin. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhof 3600—3668; für den Fernverkehr Amt Dönhof 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Unsicherheit in Frankreich.

Wo kommt die Kabinettskrise zuerst?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 18. Januar.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs beginnt sich in diesen Tagen doch die Erkenntnis durchzuringen, daß es sich bei der Ruhraktion nicht um einen mühelosen Sieg handelt, den man bereits in der Tasche hatte, als man einmarschierte, sondern um eine Kraft- und Nervenprobe. Es ist kennzeichnend für die Stimmung, daß man mit wachsender Ungeduld nach Symptomen einer zeitlich nicht allzu fernen Entspannung Ausschau hält. Natürlich hofft man, daß diese Entspannung durch einen Zusammenbruch des deutschen Widerstandswillens erfolgen, also mindestens äußerlich zu einem Triumphe Frankreichs führen werde. Im Zusammenhange damit wartet man ungeduldig auf eine Regierungskrise in Deutschland. Poincaré soll gestern abend geäußert haben, Herr Cuno werde nur dann an der Spitze der deutschen Regierung bleiben können, wenn der französische Plan vollkommen scheitere.

Indessen denkt man — und die „Journée industrielle" spricht dies in ihrem heutigen Leitartikel ganz offen aus — auch an die Möglichkeit einer Kabinettskrise in Paris. Eine deutsche Regierungskrise, so erklärt das Blatt, müßte in Frankreich mit größtem Mißtrauen aufgenommen werden, weil sie „vermutlich ein äußerstes Manöver zur Entwaffnung Frankreichs und zur Herbeiführung einer ausländischen Intervention" wäre. Die Stellung des Kabinetts Poincaré sei im Augenblicke nicht geschwächt. Aber es gebe auch „unvorhergesehene Möglichkeiten". Im Hinblicke auf diese unvorhergesehenen Möglichkeiten schlägt das Blatt vor, die Leitung der Aktion im Ruhrgebiete dem Ministerium zu entziehen und einem besonderen „technischen Generalstab" zu übertragen, dessen Bildung es bereits gestern angeregt hat und dessen Tätigkeit von parteilosen oder vollständigen Regierungskrisen unberührt bliebe. Vermutlich möchte die „Journée industrielle" durch diesen Generalstab den unmittelbaren Einfluß der Schwerindustrie auf die Ruhraktion verstärken. Außerdem sind aber die Krisenmöglichkeiten in Wahrheit gar nicht so „unvorhergesehen". Die Stellung des Finanzministers de Lasteyrie gilt, wegen der Opposition gegen den von ihm beantragten Steueraufschlag, für stark erschüttert, und gestern abend hieß es bereits, der Minister sei nach einer Protesterklärung der rechtsrepublikanischen Kammerfraktion zurückgetreten. Dies Gerücht wurde inzwischen dementiert, aber es ist Tatsache, daß der Rücktritt de Lasteyries, der bei der Vorbereitung der Ruhraktion eine große Rolle gespielt hat, von vielen Parlamentariern gewünscht wird.

Der Justizminister Colrat hielt gestern abend bei einem Essen in Versailles eine Propagandarede, in der er u. a. ausführte: „Frankreich hat eine schwierige Lage zu überstehen. Wir dürfen weder pessimistisch noch optimistisch sein. Wir sind nicht zu unserem Vergnügen in das Ruhrgebiet gegangen, sondern wir waren dazu gezwungen (!), weil Frankreich auf die Rechte der Reparationen, die Deutschland ihm vorenthalten will, nicht verzichten kann. Bleiben wir geeint. Frankreich muß recht behalten und muß der Welt beweisen, daß es recht hat."

Wie Havas berichtet, wird sich die Reparationskommission am Sonnabend mit der Prüfung der deutschen Note vom 14. November 1922, betreffend die Reparationszahlungen für das Jahr 1923, beschäftigen.

Die neue Folter.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **London**, 18. Januar.

Der französische Botschafter in London hatte gestern eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Bonar Law. Er hatte den Auftrag der englischen Regierung, über die weiteren Sanktionspläne Frankreichs und Belgiens Aufklärung zu geben.

Inzwischen wendet sich die Stimmung in England immer deutlicher gegen ein vollständiges Gewährenlassen der Franzosen. Die Vollversammlung der englischen Handelskammern faßte gestern auf Grund eines einstimmigen Vorstandsantrages eine Entschließung, in der für Deutschland Gewährung eines Moratoriums, Festsetzung der Reparationssumme und der Abbau der alten und der neuen Besetzung gefordert wird.

Die „Daily Chronicle" wendet sich in einem außerordentlich scharfen Leitartikel gegen die französische Militärpolitik an der Ruhr. Das Blatt schreibt: „**Die Zeiten seien vorbei, wo eine zivilisierte Regierung aus einem reichen Manne seine Reichtümer mit der Folter herauspressen könne.** Welche Befugnisse hätten die französischen Militärbehörden, Privatpersonen zu verhaften und das Eigentum deutscher Bürger mit Beschlag zu belegen?" Das Blatt legt den Franzosen nahe, Englands Vermittlung anzurufen, um aus der unhaltbaren Lage im Industriegebiet ohne allzugroßen Schaden herauszukommen.

In Northingham hielt gestern abend Lord Henry Cavendisch Bentinck, unionistisches Mitglied des Parlaments, eine Rede und erklärte, daß Frankreich die englischen Hoffnungen auf einen europäischen Wiederaufbau vernichtet habe. Er prophezeite, daß das französische Vorrücken im Ruhrgebiet ein Unglück für Deutschland, für Frankreich selbst und für den ganzen europäischen Handel sein werde. Er warf die Frage auf, ob es notwendig sei, die Entente cordiale fortzusetzen.

Bei einer Nachwahl im Unterhause ist der englische Gewerkschaftsführer Henderson mit 11 066 Stimmen ins Unterhaus gewählt worden. Seine Gegenkandidaten erhielten jeder rund 6000 Stimmen.

Kohlenrequisitionen auf dem Rhein.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b **Essen**, 18. Januar.

Die Kohlenrequisitionen in der Rheinschiffahrt durch die französischen Besatzungsbehörden haben im Laufe des heutigen Tages größeren Umfang angenommen, nachdem gestern abend zunächst nur die Kohlenladung eines einzelnen Kahnes requiriert worden war.

Im Laufe des Vormittags haben die Franzosen, wie wir weiter erfahren, eine ganze Anzahl weiterer Schiffsladungen Kohlen beschlagnahmt und den Schiffern aufgegeben, für neue Schiffspapiere ausstellen zu lassen, wonach die beladenen Kähne anstatt nach ihrem ursprünglichen Bestimmungsort nach Straßburg gehen sollen.

Diese Maßnahme der Franzosen wird notwendig zum gänzlichen Stillstand des Kohlentransportes auf dem Rhein führen, da sich die Kohlenverfrachter nicht der Gefahr der Beschlagnahme ihrer Kohlensendungen aussetzen und daher die Kohlenverschiffung einstellen werden.

Der Kohlenversand auf der Eisenbahn war gestern etwas größer als in den letzten Tagen. Die Zechen hatten etwa 2000 Wagen mehr angeboten. Gestellt wurden für den Brennstoffversand 21 400 Wagen. Die Kohlentransporte gingen an die von den Zechen angegebenen Adressen. Reparationslieferungen erfolgten auch gestern nicht. Ueber die Möglichkeit der Durchführung der von den Franzosen angeblich geplanten Beschlagnahme aller leeren Eisenbahnwagen im Ruhrgebiet kann man sich in Verkehrsfachkreisen überhaupt kein Bild machen. Jeder Versuch nach dieser Richtung kann nur den einen sicheren Erfolg haben, den ganzen Eisenbahnverkehr des Ruhrbezirks durcheinander zu bringen und eine kaum wieder zu entwirrende Unordnung zu schaffen.

Das französische Kommando hat gestern Gewerkschaftsvertreter der Eisenbahnerverbände des Ruhrbezirks zu einer Besprechung im Essener Direktionsgebäude eingeladen. Ein französischer Oberst, der die Eisenbahner aufforderte, ihre Arbeit ruhig weiter zu verrichten, erwiderte auf den einhelligen Protest der Gewerkschaftsvertreter gegen die Rechtsgrundlage des französischen Vorgehens, er sei nur ein Militär, „darauf könne er nicht antworten". Als ein deutscher Gewerkschaftsvertreter sich nach der Handhabung des Streikrechtes erkundigte, erklärte derselbe Oberst: „Streiks werden nicht geduldet".

Herr Krupp von Bohlen und Halbach hat sich gestern nach Berlin begeben, um mit der amtlichen Zentralstelle die Lage im Ruhrgebiet zu besprechen und wegen des Lohnproblems mit dem Reichsbanpräsidenten Fühlung zu nehmen.

* **Dortmund**, 18. Januar.

Heute vormittag wurde der französische Vormarsch über Dortmund hinaus in der Richtung auf Hamm fortgesetzt. Ein Transport von 30 Tanks, der gestern durch die Hauptstraßen der Stadt geführt wurde, ging nach Dorstfeld, einem Vorort Dortmunds.

* **Karlsruhe**, 18. Januar.

Heute vormittag machte Staatspräsident Remmele in der Sitzung des badischen Landtages die Mitteilung, daß vor der Einfahrt in den Karlsruher Rheinhafen auf dem Rhein bei Maxau französische bewaffnete Soldaten mit vorgehaltenem Revolver die Schiffsbesatzung gezwungen haben, das Schiff linksrheinisch anzulegen. Es handelt sich um das Schiff „Klara Nieten" von der Kohlengroßhandlung Nieten u. Co., Karlsruhe. Das Schiff ist mit 600 Tonnen Kohlen und Koks geladen, die für Karlsruher Kohlenfirmen bestimmt sind. Wie wir erfahren, soll das Kohlenschiff auf französisches Gebiet nach Lauterburg verbracht worden sein.

„Produktive" Okkupation.

Die französische Regierung hat, als sie uns und der Welt ihren Entschluß mitteilte, gegen ein Land, mit dem sie sich im Friedenszustande befindet und dem ein unter Beteiligung und Mitverantwortung Frankreichs diktierter Friedensvertrag jede Möglichkeit bewaffneter Abwehr geraubt hat, kriegerische Operationen zu eröffnen — die französische Regierung hat also in jenem Augenblick zu leugnen versucht, daß es sich bei ihrer „Aktion" um eine kriegsmäßige Besetzung fremden Staatsgebiets handle, und sie hält an diesem Verschleierungsversuch wohl auch noch heute fest. Aber alle Zeitungsleser der ganzen Welt wissen, daß die Tatsachen ihre Behauptungen vollkommen Lügen strafen, und jedermann sieht, daß bei der Durchführung des Ruhrunternehmens die typischen Züge kriegerischer Okkupation mit jedem Tage klarer und eindeutiger hervortreten. Die innere Logik der Dinge läßt sich mit juristischen Spitzfindigkeiten nicht hinwegdisputieren. Als man eine ganze Invasionsarmee in das Gebiet schickte, das nach dem Friedensvertrage kein fremdes Bataillon betreten darf, leitete man eine unzweideutige kriegsmäßige Okkupation ein —, auch wenn man das Gegenteil verkündete, ja, sogar wenn man in sonderbarer Verkennung des eigenen Handelns und seiner unausbleiblichen Folgen das Gegenteil wollte.

Die Ruhrbevölkerung durchlebt in diesen Wochen mit unerbittlicher Folgerichtigkeit Schritt für Schritt und Stufe um Stufe all das, was im großen Kriege die Bevölkerungen der Länder erfahren und durchgemacht haben, die von den vorstoßenden Heeren der kriegführenden Mächte überrannt und okkupiert wurden. Im Weltkriege haben, wie man weiß, vor allem deutsche Armeen fremdes Territorium besetzt gehalten, und es liegt nahe, die Vorgänge und die Entwicklungen, die während der Kriegszeit beispielsweise in Belgien zu beobachten waren, mit dem zu vergleichen, was sich jetzt an der Ruhr ereignet. Die Aehnlichkeit ist im Sachlichen, im Psychologischen — wieder einmal zeigt sich, daß die Generalspsychologie in allen Ländern dieselbe ist — und in den reinen Aeußerlichkeiten schon heute sehr groß, und sie wird noch viel größer werden, wenn die Besetzung erst einige Wochen gedauert und sich „eingelebt" hat. Nur daß eben damals Krieg war, während jetzt Frieden sein soll . . .

Darin liegt nicht nur moralisch, nicht bloß vom Standpunkt des Opfers ein großer, ja ein entscheidender Unterschied. Okkupation im Kriege hatte in der Hauptsache niemals wirtschaftlichen oder finanziellen, sondern stets nur militärischen Zweck. Sie diente, wie jede Kriegshandlung im Hinterlande, der Sicherung der Front und wie jede Kriegshandlung überhaupt der Vorbereitung und Sicherstellung des militärischen Enderfolges. Wirtschaftliche und finanzielle Nebenziele wurden in der Propaganda oft in den Vordergrund geschoben, spielten aber in Wahrheit nie eine ausschlaggebende Rolle. In unserer amtlichen Kriegspublizistik hat man aus naheliegenden Gründen wiederholt den Nachweis zu führen versucht, daß wir die wirtschaftliche Produktivität der von uns besetzten Gebiete zum Vorteil unserer eigenen Kriegführung und der Versorgung unseres eigenen Landes bis zu einem gewissen Grade wiederhergestellt, da und dort sogar noch über das Vorkriegsmaß hinaus gesteigert hätten. In Wahrheit ist uns das, im großen betrachtet, während der ganzen Kriegsdauer niemals und nirgends gelungen. Aber für das entscheidende militärische Ziel der Besetzung war das schließlich auch gleichgiltig. Wir haben nicht okkupiert, um Einnahmen zu erzielen, um uns finanziell zu stärken, sondern wir wußten ganz genau, daß Okkupation Geld kostet, wie der ganze Krieg sehr viel Geld kostet. Wenn an dieser oder jener Stelle Einnahmen oder Versorgungsüberschüsse — die letzteren fast nie aus dem Ertrag der Produktivität, sondern meist aus dem vorhandenen Güterbestande des okkupierten Landes — abfielen, so war das eine sehr erwünschte Begleiterscheinung, aber niemand sah darin im Ernst den Sinn der Okkupation.

Bei der Besetzung im „Frieden", die Frankreich soeben durchgeführt hat, ist keine militärische Front und kein militärischer Endsieg zu erhoffen. Der Zweck der Okkupation muß vielmehr — und das geschieht ja auch in der Tat — der öffentlichen Meinung des okkupierenden Landes als rein wirtschaftlich und rein finanziell dargestellt werden. Man muß der Masse des französischen Publikums erzählen, daß man an die Ruhr marschiert ist, um Kohle und Geld zu holen, weil man ihm nicht eingestehen kann, daß man weder das eine noch das andere zu bekommen erhofft, sondern die ganze Aktion im wesentlichen unternommen hat, um die deutsche Montanindustrie in die Vasallität der französischen Schwerindustrie zu zwingen. Für dieses hehre Ziel hätte die überwiegende Mehrheit der französischen Bevölkerung ebenso wenig Verständnis wie die Majorität der Deutungen Kriegshandlungen verstanden und gebilligt hätte, die lediglich den Interessen der Schwerindustrie gedient hätten und lediglich mit diesen Interessen begründet worden wären.

Was also bei der Okkupation im Kriege Nebensache war und auch von aller Welt als Nebensache betrachtet wurde, ist bei der gegenwärtigen Besetzung die einzige ernsthafte und willig anerkannte Rechtfertigung des Vorgehens vor der öffentlichen Meinung des eigenen Landes. Diese öffentliche Meinung wartet mit Ungeduld auf den fühlbaren, nachweisbaren materiellen Erfolg der Invasion. Bleibt dieser Erfolg

längere Zeit hindurch aus, stellt sich sogar heraus, daß diese Okkupation, wie alle Okkupationen der Kriegszeit, im großen und ganzen viel mehr Geld kostet, als sie einbringt, so wird die öffentliche Meinung Frankreichs finden, und ihre Wortführer werden es schließlich auch aussprechen, daß der Zweck der Besetzung nicht verwirklicht und anscheinend auch nicht zu verwirklichen sei.

Darin liegt, wenn wir die wirtschaftliche Not ertragen und die Nervenprobe bestehen, der Rechenfehler und die Schwäche der Poincaréschen Politik. Jede Politik ist schwach, die nicht bloß dem Auslande, sondern auch dem eigenen Volke andere Ziele vorspiegeln muß, als die, die sie in Wirklichkeit verfolgt. Und sie ist am schwächsten, wenn der Erfolg, den sie angeblich allein anstrebt, gar nicht zu erreichen, und wenn seine Unerreichbarkeit schon nach verhältnismäßig kurzer Frist Ur jedermann zu erkennen ist. Dieser Erfolg aber ist nicht zu erzielen; denn es hat noch nie eine kriegsmäßige Okkupation in einem kultivierten Lande, in einem Lande mit hochstehender, an freier Arbeit gewöhnter Bevölkerung gegeben, die für den Eroberer „produktiv" war — und es wird nie eine geben.

Dr. E. St.

* * *

Die französischen Blätter meldeten als Ergebnis der Umlettungs- und Beschlagnahmetätigkeit der französischen Ingenieure die Ankunft von 6800 Tonnen Koks und 507 Tonnen Kohlen an französischen und belgischen Grenzstationen seit der „Intervention" dieser Fachmänner. Der ganze Aufwand des Militärapparates ist also anscheinend in Bewegung gesetzt worden, um nur ein Zwanzigstel des Quantums an Kohlen zu erhalten, das Deutschland vor Anwendung von Sanktionen freiwillig und regelmäßig täglich geliefert hat.

Ungehinderter Bahnverkehr.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

J. E. **Essen**, 18. Januar.

Für heute war von französischer Seite der Beginn der „Ökonomischen Sanktionen" angekündigt worden, nachdem die Operationen im Norden an der Lippe, im Osten in der Linie Wetter—Münen und im Süden nördlich Elberfeld—Barmen Halt gemacht haben. Wieder einmal ist aber über Nacht ein Programmwechsel erfolgt. Der Vorsitzende der Ingenieurkommission Caste ist in der Nacht zu General Degoutte nach Düsseldorf gefahren, um sich Rat zu holen. Heute früh ist weder eine Verhaftung, noch eine Beschlagnahme, noch ein Eingriff in den Eisenbahnverkehr versucht worden. Auch die fiskalischen Gruben sind bisher gänzlich unbehelligt geblieben. Die Wagengestellung ist normal, der Verkehr nach dem unbesetzten Gebiet ungehindert. Auch die auf einer Reihe von Bahnhöfen eingerichteten Büros verrichteten nur statistische Arbeiten.

*

Wie wir erfahren, ist der französische Oberst Douillet, der für den blutigen Zwischenfall in Bochum die Verantwortung trägt, abberufen worden. In Bochum ist das an dem Vorfall beteiligte Regiment durch ein anderes abgelöst worden. Ein förmlicher Protest der Reichsregierung wegen der unverantwortlichen Schießerei die den Tod des Arbeiters Wirbe zur Folge hatte, steht bevor; seine Erhebung hat sich verzögert, weil eine genaue Feststellung der Personalien des Erschossenen vorangehen mußte.

Der Reichspräsident hat an den Oberbürgermeister von Bochum folgendes Telegramm gerichtet:

Gewaltätige Willkür französischer Truppen hat Leben und Blut wehrloser Bürger ihrer Stadt gekostet. In tiefer Entrüstung über die unmenschliche Tat bitte ich Sie, den Opfern meine herzliche Teilnahme auszusprechen. Insbesondere Herrn Lokomotivführer Wirbe mein aufrichtiges Beileid zum Tode seines ermordeten, hoffnungsvollen Sohnes zu übermitteln.

Reichspräsident Ebert.

Gegen die Truppen im Saargebiet.

Erneute Verwahrung beim Völkerbund.

Wegen der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet hat die Reichsregierung mit Bezug auf längere Ausführungen der Regierungskommission erneut beim Völkerbund Verwahrung eingelegt.

Die deutsche Note stellt fest, daß die Regierungskommission gerade auf die entscheidenden Gesichtspunkte nicht eingehe, nämlich auf den Charakter des Saargebiets als eines Abstimmungsgebiets, und auf die Selbständigkeit der Verwaltung. Sie betont deshalb erneut, daß es mit der Idee und dem Zweck einer Volksabstimmung in keiner Weise vereinbar ist, wenn in dem Abstimmungsgebiet Truppen einer der Mächte, die im Wettbewerb um den endgültigen Besitz des Landes stehen, mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betraut werden. Ferner betont sie den Grundsatz der Selbständigkeit der Verwaltung des Saargebiets, der für die Aufrechterhaltung der Ordnung sogar in erhöhtem Maße gilt, weil es nach § 30 der Bestimmungen über das Saargebiet „Sache der Regierungskommission" ist, für Ordnung und für den Schutz von Personen und Eigentum zu sorgen. Die Note fährt sodann fort:

„Solange eine so wichtige Verwaltungsaufgabe nicht ausschließlich in den Händen der Regierungskommission ruht, fehlt ein Eckstein in dem Verwaltungsgebäude, das im Saargebiet errichtet werden soll. Frankreich hat zwar das Recht, die Gruben auszubeuten, es ist aber nicht seine Sache, sie zu schützen."

Zu den verschiedenen, von der Regierungskommission vorgebrachten Erwägungen praktischer Art bemerkt sodann die deutsche Note, für solche Erwägungen sei nur vor Unterzeichnung des Vertrages Raum gewesen; nachdem der Vertrag in Kraft sei und seine Verfasser — wie angenommen werden muß, in voller Kenntnis der Verhältnisse — bestimmt hätten, daß die Ordnung im Saargebiet nur durch eine örtliche Gendarmerie aufrechterhalten werden solle, sei es nicht angängig, eine so grundlegende Bestimmung unter Anführung praktischer Bedenken unausgeführt zu lassen. Es möge zutreffen, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saarbecken gewissen Schwierigkeiten begegne. Aber ähnliche, sogar noch größere Schwierigkeiten habe auch die deutsche Regierung, z. B. innerhalb der 50-km-Zone östlich des Rheins, wo keine deutschen Truppen unterhalten werden dürfen. Wenn die deutsche Regierung in diesen Gegenden die Ordnung ohne Truppen aufrechterhalten müsse, so bestehe kein Grund, die Regierungskommission von der Durchführung einer ähnlichen Bestimmung für das Saargebiet zu befreien.

Die Regierungskommission erkläre ferner die Anwendung eines genügenden Gendarmeriepersonals aus der Bevölkerung für unmöglich und bezweifle die Verläßlichkeit einer aus Landesbewohnern zusammengesetzten Gendarmerie. Wenn dies zutreffend wäre, so könnte kein Staat von der Größe des Saargebiets eine verläßliche Gendarmerie besitzen. Uebrigens sei selbst die interalliierte Rheinlandkommission anderer Auffassung, da sie in genehmendem Maße verlange, im besetzten Gebiet das Gendarmeriepersonal aus der ortsansässigen Bevölkerung zu entnehmen.

Die Note bemerkt schließlich folgendes: Die Regierungskommission erklärt, sie werde die örtliche Gendarmerie entsprechend ihren budgetären Mitteln und je nach Bedarf entwickeln. Aehnliche Erklärungen hat sie bereits vor längerer Zeit abgegeben. Die Einrichtung der örtlichen Gendarmerie ist bereits im Juni 1920 begonnen worden. Ihre Zahl beträgt jetzt 155 Mann. Wenn etwa ihre Entwicklung mit derselben Zeitaufwand weitergeführt werden sollte, könnte sie erst in rund 60 Jahren vollendet sein, so daß der glatte und unbeeinflußte Verlauf der Volksabstimmung im Jahre 1935 wesentlich von dem Wohlverhalten der französischen Truppen abhängen würde. **Aus diesen Gründen muß die deutsche Regierung erneut erklären, daß ihr, nachdem der Vertrag von Versailles schon drei Jahre in Kraft ist, die Ersetzung der französischen Truppen durch die vertraglich allein zulässige Gendarmerie als eine der dringendsten Aufgaben erscheint, die die Durchführung des Vertrages im Saarbecken erfordert. Sie wiederholt daher gegenüber dem Völkerbund ihre Bitte, Maßnahmen zur beschleunigten Zurückziehung der Truppen aus dem Saargebiet treffen zu wollen.**

Keine tschechische Sanktionspolitik.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

kl **Wien**, 17. Januar.

Der Wiener tschechoslowakische Gesandte, Professor Dr. Krofta, der nach mehrtägigem Aufenthalt in Prag auf seinen Wiener Posten zurückgekehrt ist, erklärt in der „Neuen Freien Presse", es könne wohl als vollkommen ausgeschlossen betrachtet werden, daß die Tschechoslowakei an den Sanktionen Frankreichs aktiv teilnimmt. Man sei sich in Prag vollkommen über den Ernst der Lage klar. Es gebe keinen verantwortlichen tschechoslowakischen Politiker, der daran denke, die Tschechoslowakei ohne Not in den gegenwärtigen Konflikt hineinzuziehen.

Die Vorgänge in letzter Zeit hätten die Befürchtung auftauchen lassen, daß kriegerische Verwicklungen in Ungarn nicht ausgeschlossen seien. Bei der Demarche der Ententen habe es sich darum gehandelt, gegen die Toleranz der ungarischen Regierung gegenüber den verantwortungslosen Organisationen und Unruhestiftern der Propaganda Einspruch zu erheben. Man müsse dabei berücksichtigen, daß die Verhältnisse auf dem Balkan und an den Grenzen Ungarns immer noch nicht hinreichend konsolidiert sind, so daß die Nachbarn Ungarns derartige Umtriebe nicht dulden könnten.

z **Warschau**, 18. Januar.

Der Ministerpräsident Sikorski äußerte dem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur gegenüber, daß die Alarmmeldungen über militärische Vorbereitungen Polens völlig unbegründet seien. Die innere Lage Polens und seine guten Beziehungen zu den Nachbarn gäben keinen Anlaß, daß der Friede irgendwie gefährdet werden könnte. Die Behauptung über eine Sperre des Transitverkehrs nach Ostpreußen sei völlig unbegründet. Der deutsch-polnische Transitvertrag sehe eine Beschränkung des Transitverkehrs nur für den Kriegsfall vor. „Kurjer Poranny" wendet sich heute entschieden gegen die Nachrichten über militärische Vorbereitungen Polens, bemerkt aber, daß Polen nur gegen einen direkten Angriff, woran allerdings jetzt niemand denke, geschehen sein müsse; das Blatt habe dann hervor, daß die polnisch-französische Verständigung Polen keineswegs zur Beteiligung an einer Aktion Frankreichs zwinge.

Abzug der Litauer aus Memel.

Aus der Stadt Memel sind die Litauer bis auf wenige Kommandos abgezogen. Man hat den Eindruck, als ob auch das Memelgebiet selbst geräumt werden sollte, da bereits mehrere litauische Freischar-Trupps wieder über die Grenze zurückgegangen sind.

Die französischen Torpedoboote „Senegal" und „Algerien" sind in Memel eingetroffen.

Poincarés Entstellungen.

Das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitet noch einmal eine ausführliche offiziöse Darlegung, die sich gegen die Behauptungen richtet, die Herr Poincaré in seiner Kammerrede vom 11. Januar aufgestellt hat. Unter anderem wird darauf hingewiesen, daß die „Minderleistungen" an Frankreich höchstens einmalig um Hundert des Wertes der Gesamtleistungen Deutschlands im Jahre 1922 ausmachten. Im übrigen ist das in der Polemik verwendete Material den Lesern der „Vossischen Zeitung" aus verschiedenen amtlichen und halbamtlichen Kundgebungen sowie aus unserer eigenen Stellungnahme bereits bekannt, so daß wir auf eine ausführliche Wiedergabe verzichten können.

Philosophische Anekdoten.

Im ersten Jahrgang eines schmucken neuen Unternehmens, Reichs philosophischer Almanach, herausgegeben von Paul Feldteller im Darmstädter Verlage Otto Reichl, finden wir die folgenden Anekdoten:

Thales von Milet.

Als die Leute sein Wissen gering schätzten, weil er nicht reich davon würde, gab er ihnen eine Lektion. Seine physikalischen Kenntnisse setzten ihn instand, das Eintreten einer guten Oelernte vorauszusehen. Er kaufte nun viele Oelpressen auf, und als die Erntezeit kam, verpachtete er sie mit großem Gewinn. Es kam in ihm aber keine Freude darüber auf. „Für einen Weisen ist so etwas verächtlich," sagte er.

Antisthenes aus Athen.

Jemand wollte ihm eine Freude bereiten und sagte: „Gar viele Menschen loben dich." Da erschrak er und fragte: „Was habe ich denn Dummes getan, daß viele Menschen mich loben?"

Aristippos aus Kyrene.

Als man ihn fragte, worin sich denn die Philosophen von anderen Menschen unterschieden, antwortete er: „Sollten alle Gesetze aufgehoben werden, sie allein würden nicht anders leben als vorher auch."

Jemand machte die Bemerkung, die Philosophen seien viel an den Türen der Reichen zu finden. Aristippos erwiderte: „Ebenso wie die Aerzte an den Türen der Kranken. Hält deswegen jemand den Kranken für etwas Besseres, als der Arzt ist?"

„Geld," erklärte er, „nehme ich von den Reichen nicht, weil ich es brauche, sondern damit die Reichen wissen, wie sie ihr Geld anlegen können."

Simon, des Dionysos Hausverwalter (er war ein verkommener Phrygier), zeigte ihm einmal die prunkvollen Gemächer und Mosaik-Fußböden des Palastes. Aristippos räusperte sich und spuckte dem Simon ins Gesicht. Dieser geriet in höchste Empörung. Aristippos aber erwiderte: „Ich fand keinen schicklicheren Ort."

Platon.

Als man Platon fragte, ob er auf Ruhm bei der Nachwelt hoffe, erwiderte er: „Auf Ruhm bei der Mitwelt. Der Ruhm bei der Nachwelt ist mir gleich."

Albert Bassermann ist, wie wir hören, von seiner Blinddarmoperation wiederhergestellt. Er hat gestern die Klinik verlassen und wird bereits in der nächsten Woche noch einige Male als „Teufelsschüler" im Theater „Die Tribüne" auftreten. Im Februar gastiert er an mehreren Schweizer Bühnen.

Marie Schreker im „Schatzgräber". In der Staatsoper war gestern das Chepaar Franz und Marie Schreker zu Gaste geladen. Er, der Dichterkomponist, saß am Kapellmeisterpult. Daß er kein Dirigent von Rang ist, wissen wir; doch gelingt es ihm, eigene Werke nicht ohne Anstand zu meistern. So nahm auch die Aufführung des „Schatzgräbers", über die zu berichten ist, einen glatten Verlauf. Sie, die Gattin, präsentierte sich uns zum ersten Male als Opernsängerin. Sie gab die Magd Elsi, die von ihrer Seitsamkeit inzwischen nichts eingebüßt hat. Nicht über sind die Mittel, die Frau Schreker einzusetzen hat, doch ist alles ein wenig zu kleinen Formaten für diese Partie. Die merkwürdig unaufgeschlossene, unreife, unfraulliche Stimme wird in der Höhe leicht scharf, und die Fülle, die in der Stimme fehlt, wird auch im Ausdruck und in der (nicht umsympathischen) schauspielerischen Gestaltung vermißt.

m. m.

Eine Millionen-Stiftung Wilhelm von Bodes. Gelegentlich des 50jährigen Dienstjubiläums Wilhelm v. Bodes ist dem Schöpfer der Berliner Museen in ihrer modernen Gestalt von deutschen und ausländischen Verehrern seines Lebenswerkes eine bedeutende Summe zur Verfügung gestellt worden. Bode hat den gesamten Betrag, der bei dem heutigen Stande der fremden Währungen mehr als 200 Millionen Mark ausmacht, für den Ausbau des Asiatischen Museums in Dahlem bestimmt und ihn zu diesem Zweck dem preußischen Kultusministerium angeboten. Der Stifter läßt sich dabei von dem Gedanken leiten, daß eine Fertigstellung des Dahlemer Museumsbaues eine willkommene Rückwirkung auf das gesamte Berliner Museumswesen haben muß. Durch die Uebersiedlung der Islamischen Abteilung nach Dahlem würde im Erdgeschoß des Kaiser-Friedrich-Museums vor allem für die altchristliche und frühromanische Kunst, die dort immer ein wenig stiefmütterlich behandelt worden sind, endlich Raum geschaffen. Ebenso brauchten die italienischen Abgüsse nicht länger magaziniert zu werden. Namentlich wenn erst der Bau des Deutschen Museums vollendet ist, wird das Kaiser-Friedrich-Museum dann seine Schätze frei und in übersichtlicher Anordnung entfalten können. Man wird erwarten dürfen, daß die Regierung dieses bedeutsame Geschenk des hochverdienten Mannes, dem sich die deutsche Kunstwelt für seinen Entschluß zu bauernden Danke verpflichtet fühlen wird, mit Freuden annimmt.

Aus den Theatern. Im Deutschen Opernhause findet Freitag das Gastspiel von Dr. Waldemar Stresemann als Eugen Onegin in Tschaikowskys neueinstudierter Oper statt.

In der Volksoper wiederholt Dimitri Smirnoff kommenden Sonntag sein Gastspiel als „Lohengrin".

Kunst-Umschau.

Von

Max Osborn.

In diesen Tagen, da uns der Boden unter den Füßen wankt, werden viele Köpfe von reinlicher Gesinnung gar nichts von den Künsten wissen wollen. Aber ich meine, gerade weil der Boden wankt und weil wir machtlos sind, das Wankende zu stützen, gibt es kein reinlicheres Tun als den schöpferischen Kräften nachzudenken, die in menschlichen Hirnen und Händen rätselhaft schlummern. Und so schüttelt man sich, klappt den Mantelkragen hoch und macht sich auf die Wanderschaft durch die Kunstsalons.

Eine Geheimtür öffnet sich, und aus der unergründlichen Gemeinheit dieser wirklichen Welt wird ein Ausblick frei in eine Region unschuldigen und ursprünglichen, von einem ganzen Schwarm zarter Götter gesegneten Daseins — will sagen: ich trete in die Ausstellung von Otto Müller bei Ferdinand Möller. Müller bei Möller, es klingt ungemein bürgerlich. Ist aber eine exquisite Angelegenheit. Otto Müller war neben den Männern der „Brücke", zu denen seine Malerei diplomatische Beziehungen unterhielt, immer der Lyriker, der phantastereiche Schwärmer. Er suchte das Idyll. Seine Frauenakte waren nicht saftige Erdenklöße wie bei Pechstein, nicht nervöse Personifikationen der Landschaft wie bei Heckel, nicht zuckende Visionen wie bei Kirchner, nicht schallende Farbenflecke wie bei Schmidt-Rottluff, sondern knospenhafte, ätherische Blumengewächse, Geschwister von Bäumen und Gräsern und Dünenhügeln. Der Expressionismus erinnerte sich hier, daß es einmal eine Nokolozeit gegeben hat. Eine Weile erschien mir diese Art Müllers ein wenig formelhaft geworden. Es zeigt sich aber jetzt, daß dies nur ein Ausruhen vor neuem Anlauf war. Erfrischt, verjüngt, von neuer Lust getragen, schreitet in diesen Aquarellen, Pastellen und farbigen Zeichnungen seine Kunst daher. Es ist, als sei ein neuer Frühling über sie gekommen. Die Komposition hat an beschwingter Leichtigkeit gewonnen, ohne die keusche Herbheit ihres persönlichen Rhythmus zu verlieren, die Farbe an Duft und Melodie. Die Werte klingen oft wie in verhaltenem Jubel zusammen. Geschlossene Lardschaftsbildchen enthalten Baumgruppen, die fast an Corot denken lassen. Es ist bezeichnend, daß Otto Müller für diese Stimmungen lieber die freieren Techniken heranholte als das „ölbe Oel, und daß er, wenn er graphisch aufgelegt war, die weichen Schwarzweiß-Tagen und die leicht verteilenden Farben der Lithographie wählte. Der ganze Vortrag ist von innen her bewegter, mannigfaltiger, und zugleich zärtlicher geworden. Man schreitet von Blatt zu Blatt und fühlt ein inniges Ergötzen.

Bei J. B. Neumann haben sich drei Damen eingefunden.

Der Mord an dem Amerikaner Nowack aufgeklärt.

Zwei Verhaftungen.

Der Raubmord, dem in der Nacht zum 11. d. M. der Amerikaner Robert Nowack in seiner Wohnung in der Bayreuther Straße 33 zum Opfer fiel, konnte durch die Polizei rasch und vollständig aufgeklärt werden. Die Polizei hatte sofort den Verdacht, daß bei diesem Giftmorde, zu dem ein stark parfümiertes Chloroform verwendet worden ist, eine Frau ihre Hand im Spiele gehabt haben muß, und dieser Verdacht hat sich auch als richtig erwiesen. Die ersten Spuren führten zu einem gewissen Norman Zelin aus Newcastle, dessen Freundin Martha Mariansti, und ferner zu einem Deutschtürken Müller und dessen Freundin Margarete Grieser aus Charlottenburg. Der Verdacht verstärkte sich schließlich so weit, daß die Polizei die Mariansti sowie Zelin festnahm.

Die beiden Verhafteten leugneten zunächst alles ab, brachen aber gestern schließlich vollkommen zusammen und gaben zu, bei dem Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Die beiden anderen Mitholfer sind noch flüchtig. Offenbar hat man es mit einer gewerbsmäßigen Verbrecherbande zu tun. Auf ihr Konto kommt jedenfalls schon ein früherer Chloroformüberfall auf einen Deutschamerikaner in Berlin sowie die Ausplünderung eines Mannes in Braunlage.

Ueber das Verbrechen sowie über dessen Aufklärung erfahren wir folgende Einzelheiten: Die beiden Ausländer hatten nach der Tat eiligst ihre großen Schulden bezahlt, in ihren Wohnungen ihre Lichtbilder beseitigt und waren dann aus Berlin verschwunden. Die Mariansti wurde zuerst wiedergefunden, als sie in Recklinghausen ihre Mutter besuchen wollte. Auf die Frage, wo sich ihr Freund Zelin befinde, erklärte sie, daß sie mit ihm im Orientexpreß abgefahren und in Gelsenkirchen ausgestiegen sei, während er die Reise nach Paris fortgesetzt habe. Unterdessen lief beim Berliner Polizeipräsidium eine Depesche ein, daß Zelin, der in Paris in einer amerikanischen Zeitung von dem Morde gelesen habe, sich als Zeuge zur Verfügung stelle und nach Berlin zurückreisen werde. In der Tat erschien er gestern mit forscher Sicherheit im Berliner Polizeipräsidium, vergoß Tränen über den Tod seines besten Freundes Nowak und wies jeden Verdacht, an dem Verbrechen beteiligt zu sein, gekränkt zurück. Man führte Zelin, der noch keine Ahnung hatte, daß seine Freundin verhaftet worden war, ab und vernahm jetzt die Mariansti noch einmal. Sie brach völlig zusammen und gab zu, daß Zelin Nowak betäubt und ausgeplündert hätte. Zelin habe ihr aber zunächst nur erzählt, daß er einem Amerikaner im Auto das Geld entrissen hätte.

Nach dieser belastenden Aussage wurden die beiden gegenübergestellt. Zelin begann wieder zu leugnen, bequemte sich aber schließlich doch zu einem Geständnis.

Die Nachforschungen nach den beiden noch flüchtigen Mittätern sind im Gange. Die Polizei hat schon wichtige Spuren, die hoffentlich bald zur Verhaftung führen werden.

Deutsche Reichsgründungsfeier in Budapest. Am Vorabend des Gründungstages des Deutschen Reiches im Jahre 1871 fand im Budapester Verein der Reichsdeutschen eine zahlreich besuchte Feier statt. Der Vereinspräsident, Oberingenieur Wilhelm Rabe, begrüßte die Erschienenen auf das herzlichste, worauf der deutsche Geschäftsträger, Prinz zu Wied, die Bedrängnis Deutschlands schilderte und die Sympathie Ungarns hervorhob. Er ließ seine Rede in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Ungarn ausklingen. Die Mitglieder sangen die ungarische Nationalhymne. Dann würdigte der Vereinspräsident mit bewegten Worten die Bedeutung des Tages und legte das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zu dem in dieser Schicksalsstunde schwer bedrängten Vaterland ab. Die Versammelten sangen das Deutschlandlied. Es wurden noch mehrere von Begeisterung getragene Ansprachen gehalten. An den Reichspräsidenten in Berlin wurde ein Telegramm gesandt.

Allgemeinverbindlichkeit des Tarifabkommens im Bankgewerbe. Wie uns der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, ist auf Verfügung des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung vom 16. d. M. die tarifliche Vereinbarung vom 8. Dezember vorigen Jahres mit Wirkung vom 1. Dezember vorigen Jahres für allgemeinverbindlich erklärt. Sie erstreckt sich auf alle Angestellte in Aktienbanken, in privaten Bankgeschäften, in gewerblichen Kreditgenossenschaftsbanken mit zehn und mehr Angestellten und in Kreditabteilungen von Hypothekenbanken. Nicht erfaßt werden die Reichsbank, die Bayerische Notenbank und die oberen Bankangestellten, für die ein besonderer Fachtarifvertrag besteht. Der räumliche Geltungsbereich umfaßt das gesamte Reichsgebiet.

Die neue Polizeistunde erst von morgen ab.

Beschwerden der Gastwirte.

Die neue 11-Uhr-Polizeistunde sowie das Verbot sämtlicher Tanzlustbarkeiten tritt erst von morgen ab in Kraft, und zwar werden sich das Tanzverbot sowie die Polizeistunden-Verordnung nicht nur auf Berlin, sondern auf ganz Preußen erstrecken. Heute vormittag waren die Vorstände der in Frage kommenden Interessentengruppen, im besonderen die Vertreter der Gastwirte, zu einer Besprechung ins Polizeipräsidium geladen, wo ihnen die neuen Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben wurden.

Die neuen Einschränkungsmaßnahmen, die durchaus dem Ernst der Zeit entsprechen, und die wohl auch von jedem gebilligt werden, haben dennoch gerade bei den beteiligten Kreisen wegen der Plötzlichkeit, mit der sie in Kraft treten, einige Unruhe hervorgerufen. Vor allem beschweren sich die Gastwirte, die am meisten betroffen werden, daß sie bisher von den zuständigen Stellen überhaupt noch nicht gehört worden seien, und daß einmal die von den Regierungsstellen beschlossenen Verbote einen Teil des Gewerbes, und zwar gerade die reellen Gastwirte, endgültig ruinieren würden, während der Kampf gegen Luxuslokale mit den angekündigten Vorboten kaum ein befriedigendes Ergebnis zeitigen dürfte. Das Verbot der Tanzlustbarkeiten bedeute eine nicht mehr erträgliche Belastung der Saalbesitzer, die gerade in der augenblicklichen „Saison" ihre Säle auf Wochen hinaus seit vermietet hätten. Dagegen machen die Gastwirte den Behörden zum Vorwurf, daß sie gegen die Schlemmerlokale nicht mit genügender Energie vorgehen.

Die Gastwirte wollen sich in einer öffentlichen Kundgebung gegen die Maßnahmen der Regierung wenden.

Die Notgemeinschaft Halle erhielt aus Amerika 1000 Dollar. Der bekannte deutsch-amerikanische Groß-Kaufmann Edgar Heßlein in New York, der bereits vor einem halben Jahr der Heidelberger Bibliothek eine große Zuwendung gemacht hat, hat jetzt der Notgemeinschaft Halle die Summe von 1000 Dollar oder jetzt über 10 Millionen Mark, für Notleidende zur Verfügung gestellt.

Gerichtliche Sicherheitsleistung durch Bürgschaft. Eine der Ursachen des mangelnden Vertrauens zur Rechtsprechung ist die Tatsache, daß viele Urteile nur gegen Sicherheitsleistung vollstreckbar sind und daß der Obsiegende durch die Sicherheitsleistung im Augenblick meist einen größeren Schaden erleidet, als er später durch die Vollstreckung wieder betreiben kann. Infolgedessen verdient eine Entscheidung des Kammergerichts besonderes Interesse, wonach es gestattet ist, die Sicherheitsleistung durch Bürgschaft zu geben, wenn die Persönlichkeit des Bürgen und die Höhe des Betrages die Bürgschaft als ausreichende Sicherheit erscheinen lassen.

Der vorgekünstelte Selbstmord. Vom Berliner Schöffengericht Berlin-Mitte wurden der Kaufmann Handke und seine Frau zu drei Monaten Gefängnis bei einer Bewährungszeit von drei Jahren verurteilt, weil sie versucht hatten, eine Lebensversicherungsgesellschaft und ein Unfallversicherung um die Versicherungssumme zu betrügen. Handke schwamm bei Blankenese in die Elbe hinaus und „ertrank" vor den Augen eines unbeteiligten Dritten; in Wahrheit schwamm er unter Wasser aus Ufer und entfernte sich unbemerkt. Der Betrug wurde aber später entdeckt und zur Anzeige gebracht.

Rechtsputsch und Einwohnerwehren.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

rh **München**, 17. Januar.

Für den 20. Januar hatte die „Frankfurter Zeitung" in einer Korrespondenz aus München einen von den Nationalsozialisten angesetzten Rechtsputsch angekündigt. Dieser Meldung liegt die einfache Tatsache zu Grunde, daß an diesem Tage eine Standartenweihe der Nationalsozialisten stattfinden sollte. Der für diese Gelegenheit zu erwartende Zustrom auswärtiger Hitlerjünger hat schon einige Male Gerüchte ähnlicher Art entstehen lassen. Die Standartenweihe ist unterdessen, wie wir erfahren, abgesagt worden. Aber auch sonst wäre nichts zu befürchten gewesen, und die „Bayer. Staatszeitung" dementiert heute sehr energisch alle Meldungen von bevorstehenden Gewaltaten. Die bayerische Bevölkerung ist nach dem großen Reinfall der Räterepublik doch immerhin gewitzigt genug geworden, um gefährliche Experimente der Art, kommen sie nun von rechts oder links, bleiben zu lassen.

Im übrigen zeigt es sich jetzt doch immer mehr, daß auch die Bäume des Nationalsozialismus nicht in den Himmel wachsen. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände sind nicht mehr so unbedingte Verehrer Hitlers und seines Programms, wie noch vor kurzer Zeit. Die Tatsache, daß bei der Trauerkundgebung am vergangenen Sonntag Hitler nicht gesprochen hat, ist äußerst charakteristisch. Man spricht daher sogar schon von einer Verärgerung Hitlers. Aber die Sprünge in dem, was man hier noch bis vor kurzer Zeit als einen fest gefügten Block anzusehen gewohnt war, gehen noch weiter.

Die Angelegenheit der Wiederaufrichtung der Einwohnerwehr, von der in diesen Tagen sehr viel die Rede war, zeigt das deutlich. Die Sache selbst ist in frischer Erinnerung. Die Bayerische Volkspartei ist der Wiederbelebung der bayerischen Selbstschutzorganisationen nähergetreten. „Maßgebende Persönlichkeiten" der Partei sollen zwar, wie die „Münchner Neuesten Nachrichten" behaupteten, den Gedanken weit von sich gewiesen haben. Aber es zeigt sich jetzt, daß diese Maßgebenden eben doch nicht maßgebend genug waren, um etwas dementieren zu können, was die maßgebende Korrespondenz der Partei selbst als Wunsch ihrer Fraktionsgrößen hinstellen darf. Die Tatsache, daß die Bayerische Volkspartei nach der Einwohnerwehr schreit, besteht. Einer der Hauptgründe aber zu diesem Wunsch ist der Gegenpol Heimwehr-Reichsrat. Ferner soll der Vertreter der Vaterländischen Verbände, Dieser von Bayerischen Volkspartei gestützt, nachdem er längere Zeit in den Hintergrund getreten war, wieder im politischen Leben eine Rolle spielen. Die Einwohnerwehr, deren Dasein im Augenblick in Anbetracht der dunklen Zukunft des Vaterlandes zur Verhütung innerer Unruhen gefordert wird, ist aber für die Volksparteiler gleichzeitig der Exponent einer Selbständigmachung gegenüber den vaterländischen Verbänden. Die Konkurrenz war zu groß, man mußte der Werbekraft der Ideen jener Verbände etwas zum mindesten Gleichwertiges entgegensetzen, und Populäreres gibt es in Bayern nicht, als eben die Einwohnerwehr.

Die Dinge stehen also in Bayern jetzt so, daß auf der einen Seite die Gruppe der Vaterländischen Verbände, deren Verbindung mit dem Nationalsozialismus schon lockerer wird, und auf der anderen Seite die Bayerische Volkspartei mit ihrem Lockruf zur Sammlung in den Einwohnerwehren stehen. Zene genießen fast einiger Zeit auch die Unterstützung der klerikalen Kreise, denen der Jesuitenpater Rupert Mayr, viel bemerkt als Redner bei der Demonstration auf dem Königsplatz, verbunden ist. Die Bayerische Volkspartei ist von der großen Masse des bayerischen Volkes getragen, wird aber von dem voraussichtlichen Scheitern ihrer Idee der Wiederaufrichtung der Einwohnerwehren wahrscheinlich schwer getroffen werden.

Der Schutz- und Trutzbund vor dem Staatsgerichtshof.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Leipzig**, 18. Januar.

Das Reichsministerium des Innern hatte am 5. Juli 1922 den deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund mit allen Bezirks- und Ortsgruppen in Sachsen aufgelöst. Eine ähnliche Verfügung hatte für den Bezirk Leipzig auch das Polizeiamt Leipzig fünf Tage später erlassen. Die hiergegen eingelegte Beschwerde wurde vom Staatsgerichtshof am 1. August v. J. kostenpflichtig verworfen. Als seine Gründe führte das Urteil an, es sei gerichtsnotorisch, daß sich die Satzungen des Bundes gegen jüdische Reichsangehörige im Staatswesen richten und daß eine systematische Hetze gegen den jüdischen Teil der Bevölkerung veranstaltet werde. Ebenso sei es gerichtsnotorisch, daß der dringende Verdacht, die Ermordung Rathenaus verübt zu haben, angeblich Männer begründet ist, die dem aufgelösten Bund angehörten, und daß die gleiche Voraussetzung bei einer Reihe von Personen zutreffe, die wegen dringenden Verdachts der Begünstigung und Mitwisserschaft in Beziehung auf jene Mordtat zur Verantwortung gezogen sind. Bei der Ortsgruppe Dresden sind Schriftstücke beschlagnahmt worden, aus denen hervorgeht, daß diese Gruppe zu Fritz Küchenmeister, einem der Teilnehmer an dem Rathenaumord, Beziehungen unterhielt, und daß den Mitgliedern des Bundes von dem Hauptvorsitzenden Führer die Bedrohung der „jüdischen Oberleiter" zur Pflicht gemacht wurde.

Auf Grund dieser Entscheidung sind von einer Anzahl von Landesgerichtsräten Verbote auf Auflösung gegen Unterorganisationen des Schutzbundes erlassen worden, gegen die vom Hauptgesamtvorsitzenden des Schutz- und Trutzbundes, Alfred Roth-Bergedorf bei Hamburg, Beschwerde beim Staatsgerichtshof in Leipzig erhoben worden ist. Als Vertreter des Bundes tritt noch Landrat a. D. v. Herzberg-Berlin auf, zu der heutigen Verhandlung sind acht Zeugen geladen, die zum Teil als Belastungsmaterial auftreten. Die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes ist diesmal wie bei den letzten großen Prozessen. Nur ist an Stelle von Fehrenbach der Leipziger Kreishauptmann Lang und für Caliber der mecklenburgische Minister Dr. Reinecke Block-Schwerin erschienen. Der Verhandlung wohnen auch eine Anzahl Regierungsvertreter bei, so u. a. vom badischen Ministerium des Innern, vom weimarischen, preußischen, sächsischen und braunschweigischen Ministerium. Auch der Reichsminister des Innern hat einen Vertreter entsandt.

---

zwei Französchinnen. Fräulein Chorlane mit Zeichnungen, die vom neuen Pariser Klassizismus angehaucht sind; wenig beträchtlich. Der Name klingt so großartig, Maeterlinck schwebt heran. Pelleas und Cheriane, möcht' man sprechen. Aber es ist nicht viel dahinter. Die zweite, B. Pray, ist begabter. Sie legt Zeichnungen mit feinen Blicken über leise kubistisch verschränkte Häuser- und Brückenlinien vor. Wenn sie dies Thema beibehält, ist sie auch malerisch interessant. Aber sonst ist sie der Farbe noch nicht gewachsen. Die Berlinerin Auguste von Zitewitz wirkt daneben ausgezeichnet. Ihre Kinderporträts waren immer angenehm. Gefällig und mit Geschmack, ähnlich und salonfähig, und doch ohne Kitsch. Sie hat diese Art noch weiter entwickelt. Eine neue Gruppe von drei Kindern ist ungewöhnlich geglückt; wir wissen, wie wenige heute bei uns eine solche Aufgabe der Komposition mehrerer Gestalten auf einem Viereck befriedigend lösen. Sehr hübsch sind die kleinen Landschaftsblätter der Zitewitz; reizende Sächelchen dabei. Zu einem größeren Bilde aus Venedig hat es freilich noch nicht gelangt. Als Bildhauerin gefällt sich noch eine vierte Frau hinzu: Margarete Garthe. Sie kommt aus dem Wickersdorfer Kreise, und eine Bronzebüste Mynekens ist die reifste Arbeit, die sie zu zeigen hat. Mit der klaren, natürlichen Formgebung, die hier spricht, gibt sich aber diese ringende Begabung nicht zufrieden. Sie sucht, in Köpfen und kleinen Frauenakten, einen zusammenfassenderen und zugleich empfindsameren Ausdruck. Ein kleines Torso ist dabei am meistens gelungen. Ein Fortschritt ist hier, wie in einem flaschenen Figürchen, ein Fluktuiertes Gefühl eingeschlossen, dessen Entwicklung man gern verfolgen wird.

Die Galerie Lutz hat neben der schon besprochenen Chagall-Ausstellung einige Kollektionen aufgereiht, die nicht übergangen werden dürfen. Vor allem letzte Ernte von Max Pechstein. Er führt die neue Linie fort, die er vor zwei Jahren anbahnte. Damals ging Pechstein zuerst nach Leba an der Ostsee, und die frischen Eindrücke begegneten sich mit seiner immer entschiedener zu farbigem Reichtum und ausgeglichenem Vortrag strebenden Anschauung. Die Bilder, mit denen er jetzt anrückt, sind ganz wundervolle Beweise für die Freiheit und den Glanz dieser Manier. Eine Serie von Cuxhaven zeigt gleich feinen schönen Ueberblick über die zarte und gepflegte Art keiner stimmernden Analysen. Zurücksteht die Sammlung von Oskar Moll. Die Sachen wollen gar zu weich verfließen; man vermißt die frühere Sicherheit der Flächenanordnung.

Alte Kunst wird heute gierig gesucht. Wo haben die belangvollsten Reflektanten? In den Hotels. (Gründe brauchen nicht angegeben zu werden.) So hat sich denn eine neue Aktiengesellschaft gebildet, „Kunstsäle im Hotel Adlon" betitelt, Eingang Wilhelmstr. 70a. Es sind die Räume, wo man in märchenhaft gewordenen Friedenszeiten mitunter festlich tafelte, wo wir uns nur mehr als zehn Jahren auch feierend um den damals fünfzigjährigen Geburtstag Hauptmanns vereinigten. Die neuen Herren dieses geweihten Reviers haben eine ansehnliche Kollektion von Kunstgut aller möglichen Stilde zusammengebracht, japanisches und chinesisches von angenehmer Auswahl, Dosen und dergleichen Delikatessen, vor allem köstliche und seltene Porzellane, ein paar Gobelins und alte Bilder, die allerdings nach repräsentabler werden sollten, wenn auch einige interessierende Schulstücke dabei sind. Sehr schön ist ein Porträt von Graff. Der äußere Rahmen; der diese Dinge umschließt, ist von einladender Eleganz. Das versteht sich. Und daß ich's übrigens nicht vergesse: es gibt natürlich auch einen direkten Zugang vom Hotel aus — durch das Restaurant.

Alt-Berlin in Wort und Lied. Die Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins veranstaltete im Rosenthal-Saal einen Heimatabend „Alt-Berlin in Wort und Lied". Die Berliner, die in solchen Scharen herbeiströmten, daß der Saal in wenigen Minuten einer Sardinenbüchse glich, konnten sich an Witz und Humor, an Schlagfertigkeit und Schnodderigkeit, alles durchtränkt mit einem Tropfchen Sentimentalität, erfreuen, die ja eingestandenermaßen Vorzugseigentümlichkeit ihrer lieben Vaterstadt sind. Dr. Lederer, selbst heimatbegeistert, verstand es, Alt-Berlin und seine Dichter, Chamisso, Heine, Holtei, Glasbrenner, Kalisch, lebendig zu machen und das Berlinische zum prägnantesten, lustigsten Ausdruck zu bringen. Von Schenkelsen Marie bis zu „Mischen hatte einen Platz gefunden, all die lieben, alten Heimatgestalten und Heimatlieder, die uns Alten in der Wiege schon in den Schlaf gelullt haben, gingen im traulichen Idiom unserer Berliner Sprache an der Zuhörerschaft vorüber. Sie ging auseinander mit der Ueberzeugung des Berliner Stadtsprüchleins: „Besuch sehr schön. Aber über den Berliner geht nischt auf der Welt." Irma Pommer und Bruno Kosubek trugen die Alt-Berliner Lieder und Gesänge mit Anmut und Humor vor. M. C.

Russisches Konzert für die deutschen Schriftsteller. Zugunsten des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller veranstaltet das Neue Konservatorium für Musik unter Leitung von Dr. Kleberson am Freitag, 26. Januar, im Großen Saal der Philharmonie ein Gastkonzert im Gedenken an berühmter russischer Künstler. Als Ausdruck der Erkenntlichkeit für die hier empfangene Gastfreundschaft haben ihre Mitwirkung zugesagt Pauline Dobert, Anna Eltur, Lea Lubosch, A. Arsenjew, Leonid Kochansky, Al. Plotnikow und Josef Schwartz.

Musik. Emil Bohnke, Berlin, ist als erster Kapellmeister für das Leipziger Sinfonie-Orchester verpflichtet worden.

Tanz. Die zweite Tanzmatinee von Lucy Kieselhausen in der Großen Volksoper findet Sonntag, 21. Januar, statt.

Valeska Gert veranstaltet Montag, 22. Januar, im Klindworth-Scharwenka-Saal einen Tanzabend.

Rudolf v. Laban, der bekannte Tanzpädagoge, hat für Tanz und tänzerische Gymnastik Vorbereitungskurse in Berlin, Schöneberger Ufer 38, eingerichtet.

Der Kampf um den Rhein.

Wetteraussichten für Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, aber nach überwiegend bewölkt und etwas neblig bei mäßigen nördlichen bis nordöstlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Im Südosten wettervorhersagen, in den anderen Gegenden mehr vereinzelte, leichte Schneefälle.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Anregettel der Berliner Börse

Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Rottenhof-Friebenau.

Donnerstag, 18. Januar 1923, abends

Beilage zu Nummer 30

Diskonterhöhung auf 12 pCt.

Die Reichsbank hat heute den Wechseldiskont von 10 auf 12 pCt. und den Lombardzinsfuß von 11 auf 13 pCt. erhöht.

Die letzte Diskonterhöhung hatte am 13. November stattgefunden. Es wurde der Wechselzinsfuß von 8 auf 10 pCt. gesteigert. Schon damals war man sich darüber klar, daß damit die Reihe der Diskontsteigerungen nicht abgeschlossen wäre. Bereits im Dezember wurde vielfach eine neue derartige Maßnahme erwartet, indes schob sie die Reichsbank hinaus, in der Hoffnung, daß doch noch eine Besserung der Verhältnisse eintreten könnte, zumal der offene Geldmarkt eine relative Flüssigkeit zeigte.

Inzwischen hat der Zahlungschluß eine ungeheuerliche Inanspruchnahme der Reichsbank ergeben, und im Januar ist nicht eine dementsprechend starke Entlastung eingetreten. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses, die die neue Diskonterhöhung beschloß, ging der Präsident auf die Gestaltung des Status der Bank des Näheren ein. An der Hand von Vergleichen mit dem Stande vom 15. Dezember und vom 8. November (dem Ausweistage vor der vorigen Erhöhung) beleuchtete Exz. Havenstein die Zuspitzung der Dinge. Die ohnedies andauernd enormen Ansprüche haben in der allerjüngsten Zeit durch die Besetzung des Ruhrgebiets eine weitere Verschärfung erfahren, teils unmittelbar für das Revier, teils mittelbar unter der Wirkung des neuen Marksturzes, der durch den Gewaltakt der Franzosen hervorgerufen worden ist. Aus der neuen katastrophalen Markverschlechterung müssen notwendigerweise große Anforderungen an den Geldmarkt hervorgehen.

Im Hinblick darauf könne nunmehr mit der Diskonterhöhung über 10 pCt. hinaus nicht mehr gezögert werden, um so weniger, als auch der neue Diskont von 12 pCt. und der Lombardsatz von 13 pCt. noch bei weitem nicht den Zinssätzen des offenen Marktes entspreche, auf die die Reichsbank bei ihrer Diskontpolitik aber doch zu blicken habe.

Eine einschränkende Wirkung auf den Kreditbegehr bei der Reichsbank könne man sich zwar auch vom Diskont von 12 pCt. allein unter den obwaltenden Verhältnissen nicht versprechen. Die Reichsbank werde darum immer schärfer darüber wachen, daß nur derjenige Kreditbegehr, für den sich die privaten Kreditquellen als unzulänglich erweisen, bei ihr Befriedigung sucht.

Im übrigen erhoffe die Reichsbank von der Diskonterhöhung einen besseren Absatz von Reichsschatzscheinen, der ja in der letzten Zeit ohnehin schon wieder glatter vonstatten ging. Automatisch hebt sich mit der jetzigen Diskontsteigerung der Reichsbank der Diskontsatz, der den Käufern von Schatzwechseln gewährt wird, auf mindestens 11 pCt. Das ist eine Verzinsung, die den Schatzwechseln die Konkurrenz mit den anderen Anlagegelegenheiten erleichtert, im besonderen mit den Stadtanleihen, die ja jetzt mit einem Zinsfuß bis zu 9 pCt. oder gar darüber ausgestattet werden.

Der Ausweis vom 15. Januar liegt noch nicht vor. Durch die Ruhrbesetzung sind gewisse Störungen eingetreten, die die Zusammenstellung der üblichen Wochenübersicht verzögerten.

Aus der Geschichte des Siegen-Solinger Gußstahl-Aktien-Vereins.

Der Siegen-Solinger Gußstahl-Aktien-Verein, der Ende Dezember v. J. 50 Jahre seines Bestehens feiern konnte, hat aus diesem Anlaß eine recht illustrierte Denkschrift über die Geschichte der Gesellschaft ausgegeben. Den Grund zu der jetzigen bedeutenden Gesellschaft legten die beiden Brüder Konstantin und Gustav Peipers, die vor dem Toren Solingens eine kleine Gußstahlschmelze errichteten, in der Hauptsache zu dem Zwecke, die Solinger Messer- und Waffenindustrie von dem englischen Stahlmarkt unabhängig zu machen. Als aber an gutgelegenen Betriebskräften mußte der Betrieb der Schmelze bald wieder eingestellt werden. Erst im Jahre 1872, nach dem glücklich beendeten Kriege, als das deutsche Gewerbe nach größerer Betätigung verlangte, erstand die Peipers'sche Gußstahlhütte von neuem. Um das Unternehmen von vornherein auf eine umfangreichere Basis zu stellen, wurde eine Aktien-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 200 000 Talern gegründet. Der Betrieb wurde bis im Jahre 1874 zwar unter den ungünstigsten Vorbedingungen aufgenommen, da das Land damals noch unter der Krise der „Gründerjahre" litt. So hatte auch Siegen-Solingen schwer um seine Existenz zu kämpfen. Die Erneuerung der Gesellschaft, die zunächst nur für den Solinger Markt bestimmt waren, führten sich allmählich auch auf dem Markte Remscheids ein, spätterhin in den thüringischen Verbrauchszentren und auch im Auslande. In den neunziger Jahren hatte die Gesellschaft stark mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese verscharften sich nach 1900, so daß das Werk jahrelang dividendenlos blieb. 1912 wurde der Beschluß zu einer durchgreifenden Sanierung des Unternehmens gefaßt, und zwar sowohl nach der finanziellen als auch nach der technischen Seite. Vor der Kriegskonjunktur konnte die Gesellschaft, weil sie bei Beginn des Krieges noch limitten ihrer Reorganisation stand, unmittelbar keinen großen Nutzen ziehen. In den letzten Kriegsjahren wurde dies jedoch anders, das Unternehmen mußte sich infolgedessen immer mehr und mehr vergrößern. Ein neues, leistungsfähigeres Stahlwerk wurde im Jahre 1921 in mitteldeutschen Braunkohlengebiet in Groß-Kayna errichtet. Noch im gleichen Jahre kaufte Siegen-Solingen das in der Nähe von Groß-Kayna gelegene Stahl- und Eisenwerk Frankleben, das nach dem Erwerbe umfassend ausgebaut wurde. Hieraus entstanden industrielle Beteiligungen wurden im Laufe der letzten Jahre erworben und der Aufbau des ganzen Unternehmens schließlich durch die Fusion mit der bekannten Werkzeugfirma Wilhelm Kirchbaum & Co. gekrönt. Das Aktienkapital der Gesellschaft, die gegenwärtig etwa 4000 Arbeiter beschäftigt, ist inzwischen auf 161,5 Mill. Mark gestiegen, nachdem es im Jahre 1918 noch 3,9 Mill. M. betragen hatte.

Eisengießerei und Maschinenfabrik J. Roth A.-G., Ludwigshafen a. Rh.

Die vor kurzem mit der Berlin-Perleberger Maschinenfabrik und Eisengießerei vereinigte Gesellschaft, die ihren Sitz jetzt erstmalig nach Berlin verlegt hat, schließt das Abrechnungsgeschäftsjahr mit einem Bruttogewinn von 28 254 467 (i. V. 3 874 673) Mark. Nach Abzug der Handlungs- und Betriebsunkosten von 18 026 778 (2 540 229) M., Abschreibungen von 628 763 (132 199) M., Zuweisung von 5 Mill. M. an die Neubauten und Erweiterungsbauten 1 Mill. M. an das Arbeiterunterstützungskonto verbleibt ein Reingewinn einschließlich Vortrag von 3 610 513 (162 244) M. Hieraus sollen 40 (8) pCt. Dividende auf sämtliche Aktien verteilt werden.

Große Auftragsbestände in der amerikanischen Stahlindustrie.

Nach dem Wochenberichte des Fachblattes „Iron Age" über die Lage an den amerikanischen Eisen- und Stahlmärkten haben die Stahlgesellschaften für das erste Quartal außerordentlich große Aufträge erhalten und fordern für die Mengen, die sie von ihrer Produktion noch nicht vergeben haben, höhere Preise. Es ist noch nicht genug Zeit verstrichen, um die Wirkung der Besetzung des Ruhrbeckens auf den Roheisenmarkt festzustellen.

Polens Kohlenförderung.

Der amtlichen Statistik zufolge betrug die Gesamtkohlenproduktion Polens im Jahre 1922 im Dombrower Kohlengebiet 7 060 458 To., das sind 103,17 pCt. der Vorkriegsförderung des Gebietes. In Krakau-Westgalizien wurden 981 064 To., das sind 100,41 pCt. der Vorkriegsförderung gefördert, im Teschener Kohlengebiet 165 827 To., das sind 89,75 pCt. der Vorkriegsförderung. Im oberschlesischen Kohlengebiet beträgt die Förderung 25 598 798 To., das sind 80,61 pCt. der Vorkriegsförderung. Im ganzen ist die Kohlenförderung die geförderte Menge auf 34 735 613 oder 86,43 pCt. der Vorkriegsförderung des Jahres 1913. Inwieweit diese „polnische" Statistik zutrifft, wird sich kaum kontrollieren lassen.

A.-G. für Verkehrswesen. In der heutigen ao. G.-V., die erneut über den Antrag der Verwaltung, den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstandes 12 000 Shares der Consolidated Diamond Mines of South-Africa Ltd. gegen Zahlung von 550 M. für jeden Share zu überlassen, zu beschließen hatte, kam es erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Verwaltung und der bekannten Oppositionsgruppe. Ueber den Verlauf der Versammlung, die bei Schluß des Blattes noch andauert, ohne daß irgendein Beschluß gefaßt worden wäre, werden wir im Morgenblatt ausführlich zurückkommen.

C. Pose, A.-G., Berlin. Der Aufsichtsrat beschloß, der o. G.-V. am 15. Februar eine Dividende von 100 pCt. vorzuschlagen. Ferner wird eine Kapitalserhöhung um 12 auf 24 Mill. M. durch Ausgabe von 11 Mill. M. Stammaktien und 1 Mill. M. Vorzugsaktien beantragt. Die Uebernahme der neuen Aktien erfolgt durch ein Konsortium, ihre Ausgabe erfolgt zu 500 pCt. im Verhältnis von einer neuen auf drei alte Aktien.

Oldenburgische Roggenanweisungen. Der Ausgabepreis einer auf 150 kg lautenden, am 1. April 1927 rückzahlbaren Roggenanweisung der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg ist von 60 200 auf 75 200 M. erhöht worden. Auf diesen Preis werden dem Erwerber zunächst 5 pCt. Diskont bis zum 1. April 1927 zurückvergütet.

Eine Industrie-Ausstellung in Kattowitz. Die Kattowitzer Handelskammer bereitet in Kattowitz eine Industrieausstellung vor, mit dem Zweck, die Oberschlesier über die Industrie Polens zu informieren und die Leistungsfähigkeit des Landes zu zeigen, zumal durch die hohen Zölle der Import aus dem Auslande fast zur Unmöglichkeit geworden ist. In der Hauptsache werden Web- und Wollwaren, Konfektion, Wäsche und Lederwaren vertreten sein. Ferner werden chemische Erzeugnisse, kosmetische Artikel und Apothekerwaren, landwirtschaftliche Produkte neben den Erzeugnissen der Tabakindustrie, Likörfabriken, Möbel-, Holz- und Metallindustrie ausgestellt. Ebenso sollen das Baufach, die Elektrotechnik, die Glasindustrie und auch die Schwerindustrie einen Platz finden.

Warenmärkte.

Die Tendenz an der heutigen Berliner Produktenbörse war wieder ausserordentlich fest. Die Nachfrage blieb rege und konnte nicht befriedigt werden. Soweit Offerten der Provinz vorlagen, waren sie sehr hoch und wichen zum Teil in den Preisen stark voneinander ab. Auch die zweite Hand war zeitweilig mit gutgroßen Mengen an Markte, um dem Bedarf entgegenzukommen. Besondere Nachfrage herrschte nach Mehl, jedoch zeigten die Mühlen wenig Abgabenneigung.

Frühmarkt. Die amtlichen Notierungen waren loko frei Wagon oder ex Wagen per 50 kg: Hafer 29 000 M. Tendenz: geschäftslos.

Rauhfutter. (Preisnotierungskommission für Rauhfutter.) Großhandelspreis per 50 kg ab Station: drahtgepr. Getreidestroh 5000—5400 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 5600—6900 Mark, Roggengarbenstroh 5700—5900 M., lose und gebundenes Krummstroh 8300—8400 M., Häcksel 10 000—10 500 M., handelsübliches Heu 8200—8500 M., gutes Heu 8800—9800 M.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 18. Januar.

Produkte	Preis in Mark heute	Preis in Mark Vortag	Produkte	Preis in Mark heute	Preis in Mark Vortag
Weizen, märk.	19000—20000	16000—8200	Vict. Erbs.	7800—8000	1800—1400
- pomm.	18000—20000	16000—8000	Kl. Speise-	17000—18000	47000—40000
- mecklbg.			Futtererbs	ohne Ang.	ohne Ang.
Roggen, märk.	16000—17500	16000—2670	Peluschken	ohne Ang.	ohne Ang.
- pomm.			Ackerbohnen	ohne Ang.	ohne Ang.
- mecklbg.			Wicken	ohne Ang.	ohne Ang.
- schles.			Lupinen blaue	7000—7400	ohne Ang.
Gerste, märk.	18000—21000	20000—23000	do. gelbe	7500—8000	ohne Ang.
- schles.	—	—	Serradella	8000—7500	6000—5000
Hafer, märk.	—	22000 29 000	Sapakuchen	2 000—2300	18500—19000
- pomm.	—	20000—21500	Leinkuchen	—	—
Mais loko Berlin	18000—16000	—	Trockenschnitzel	13000—13000	9200—9400
waggonfr. Hamb.	—	27000—28000	Vorfr. Zuckerschnitzel	—	—
Weizenmehl *)	26000—32000	22000—25000	Kartoffel-Fabrikkartoffeln	17500—18000	13500—14500
Roggenmehl *)	24000—28000	27000—25000	Torfmoosstreu	—	—
Weizenkleie **)	18000—20000	18000—14000	Mietpr. 50.10	8000—8500	6:00—7000
Roggenkleie **)	18000—20000	14000—12000	Mietpr. 50.10	—	—
Raps **)	46000—47000	40000—42000			
Leinsaat **)	—	—			

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) Ab Station.

Tendenz: Weizen, Hafer unregelmäßig, allen andern stetigen.

Thüringische Holzauktion. Die große Nutzholzverteilerung aus den staatlichen thüringischen Wäldern, die in Katzhütte abgehalten wurde, erbrachte für Nadel- und Nutzhölzer 70 000 bis 100 000 M. je fm. Im ganzen betrug der Erlös der Auktion annähernd ½ Milliarde M.

Halle a. d. S., 18. Januar. Wollversteigerung. Heute früh begann die Wollversteigerung des Wollverwertungsverbandes Deutscher Landwirtschaftskammern, zu der 10 000 Ztr. Wolle angefahren sind. Die Nachfrage war sehr stark. Schmutzige Wolle erzielte 490—510 M. je Ztr., beste Marino und Mutterschafwolle bis 610 M. je Ztr.

Metallpreise in Berlin (für 1 kg in Mk.)

Elektrolytkupfer wird bis zur Festsetzung durch den Vorstand der Vereinigung d. deutschen Elektrolytkupferwerke				7540	6021
Originalhüttenzinnkrist. (Preis des Zinkhüttenverb.)				29 645	2649.10
Raffinadekupfer, 99—99,5 pCt.				6400—6600	5100—5600
Originalhüttenweichblei			do.	2450—2650	1900—2050
Hüttenzinkblech, Preis in freier Verkehr			do.	3000—3300	2400—2600
Remelted Plattenzink			do.	2700—2900	2100—2300
Originalhüttenaluminium, 98,99 pCt.			do.	9995	7407
do. do. in Walz- od. Drahtstangen			do.	9361	7932
Banka Straits, Austral-Zinn			do.	195000—19000	15600—15600
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.			do.	19000—19000	15500—15400
Reinnickel			do.	14500—16000	12000—12000
Antimon Regulus			do.	2850—2450	1900—1850
Silber in Barren ca. 990 fein			do.	42500—42000	34000—34000

Londoner Metallbörse vom 17. Januar (Schlußkurse).

	17. 1.	16. 1.		17. 1.	16. 1.
Kupfer, per Kasse	£ 63½	£ 64½	Zink loko	£ 30½	£ 34
3 Mon.	£ 64	£ 64½	do. auf Lieferung	£ 31½	£ 34½
Strongsh.	96s	96s	Zinn, loko	£ 168	£ 170
Zinn p. Kasse	£ 180½	£ 181½	do. 3 Mon.	£ 171	£ 172
do. p. 3 Mon.	£ 181	£ 181½	Blei, loko	£ 30½	£ 30½
Blei nahe S.	£ 30½	£ 30½	Weißblech	£ 1	£ 1
do. auf Sicht	£ 30½	£ 30½	Quecksilber	£ 8	£ 8

Kupfer Electrolyt. 70% - 70% (72% - 70%). do. Bestselect. 67% - 69% (67 - 69)

*) Special Mittreis. **) Quotität Sosna. †) Quecksilber 11 - 11½ (11 - 11½)

Geschäftsbericht.

Corona Fahrradwerke und Metallindustrie. Rohgewinn für 1921/22 181 Mill. M., Vortrag 14,88 (2,75) Mill. M., Handlungsunkosten 8,54 (1,45) Mill. M., Abschreibungen und Rücklagen 2,05 (0,43) Mill. M. Reingewinn 3,94 (0,75) Mill. M. Hieraus 60 pCt. auf die Stamm- (20) und wieder 7 pCt. auf die Vorzugsak. - Bankguthaben laut Bilanz 13,26 (3,17) Mill. M., Außenstände 25,81 (3,10) Mill. Mark, Rohmaterialien 9,18 (1,19) Mill. M., Verbindlichkeiten 27,80 (3,09) Mill. M. Die Verwaltung bemerkt, daß der Geschäftsgang im abgelaufenen Jahre gut war, äußert sich jedoch nicht zu der gegenwärtigen Lage.

Der Dollar 23 000.

Die stürmische Haussebewegung am Devisenmarkt nahm heute ihren Fortgang. Der Dollar übersprang in raschem Tempo die 20 000-Mark-Grenze und erreichte gegen 10 Uhr einen Kursstand von 23 000. Die Industrie und der Handel decken sich immer weiter mit Devisen für ihre Rohstoffbeschaffung ein, und der berufsmäßige Devisenhandel verschärft die Bewegung durch seine Hausseengagements. Auf der anderen Seite besteht so gut wie gar kein Angebot, da jeder sich scheut, seinen Devisenbesitz in Mark umzutauschen. An der Börse ging es daher zunächst weiter hoch. Der höchste Börsenkurs stellte sich auf 24 250, dann aber konnten starke Abgaben der Reichsbank die Bewegung etwas eindämmen. Der Dollar senkte sich langsam während der amtlichen Kursfeststellung auf 23 000 und wurde späterhin mit 23 250 gehandelt.

Auch im weiteren Verlauf blieb er zu diesem Kurse im Verkehr. Von sonstigen ausländischen Zahlungsmitteln ist die feste Tendenz der Polenmark hervorzuheben, die mit 65—66 gehandelt wurde. Man verwies hierbei auf eine Stützungs-Aktion der polnischen Regierung.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Telegraph. Auszahlungen	Sort-Sorten	18. 1. Geld	18. 1. Brief	17. 1. Geld	17. 1. Brief
Reichsbank-Diskont: 12%					
Holland	1 Gulden	9077,35	9122,65	7720,00	7758,50
Belgien	1 Frank	1398,50	1405,50	1194,18	1177,82
Christiania	1 Krone	4125,25	4145,75	3531,68	3568,42
Kopenhagen	1 Krone	4513,68	4536,32	3868,50	3898,68
Schweden	1 Krone	6171,57	6205,48	4857,75	4912,25
Helsingfors	1 finn. M	468,57	471,43	401,86	414,14
Italien	1 Lira	1107,32	1112,78	883,78	887,22
London	1 Pfund	16 592,53	16 675,47	14 747,50	14 812,50
New York	1 Dollar	22 997,48	23 022,57	18 134,04	18 245,96
Paris	1 Frank	1518,17	1526,88	1296,90	1243,10
Schweiz	1 Frank	4393,52	4326,78	3171,43	3428,58
Spanien	1 Peseta	3571,05	3589,95	2831,90	2847,10
Deutsch-Oesterr. abg.	100 Kronen	30,38	31,08	24,18	24,82
Prag	1 Krone	678,42	681,58	529,50	540,20
Budapest	1 Krone	8,42	8,48	6,69	6,67
Buenos Aires	1 Papier-Peso	8548,57	8591,43	6807,56	6842,07
Bulgarien	1 Leva	144,63	145,37	114,71	115,29
Japan	1 Yen	1077,48	1122,75	8726,00	8822,00
Rio de Janeiro	1 Milreis	2563,80	2581,44	2094,90	2095,10
Jugoslawien	1 Dinar	159,60	160,40	163,59	164,41

*

Effekten weiter gesucht.

Trotz der gewaltigen Kursgewinne, die der gestrige Tag gebracht hat, zeigt sich beim Publikum noch keine Verkaufslust, vielmehr hat die neue Devisenhausse verstärkte Nachfrage hervorgerufen, so daß auf fast allen Effektenmärkten große Materialknappheit herrscht. Es besteht überhaupt kein nennenswertes Angebot mehr, da heutzutage der Besitz von Mark ein ebenso großes Risiko in sich birgt, wie der Besitz von Effekten. Ueberall sind im Freiverkehr große Kurssteigerungen zu hören, jedoch läßt sich exakt eine genaue Kursfeststellung bei der herrschenden Unsicherheit nicht ermöglichen.

Die Bezugsrechte auf die jungen Aktien nachstehender Gesellschaften sollen an der Berliner Börse gehandelt werden: Ostpreußische Dampfwollwäscherei erstmalig am 19. Januar, Berliner Lack- und für Eisengießerei und Maschinenfabrikation, Charlottenburg, (Freund-Maschinen-Aktien) am 24., 26. und 29. Januar, Schubert & Salzer, Maschinenfabrik A.-G., Chemnitz, am 26., 29. und 31. Januar.

Deutsche Sparprämienanleihe von 1919. Der Kurs des Papieres, der sich seit der Einführung der Anleihe an der Börse jahrelang hindurch auf etwa 88 pCt. gehalten hatte und immer nur vor den Ziehungen um etwa 10 pCt. anzog, ist in den letzten Tagen sehr erheblich gestiegen und hat an der gestrigen Börse seinen Stand von 220 pCt. bis auf 400 pCt. haben verdoppelt. Der Grund für diese Kursbewegung, die infolge der vorbereitenden Tage der Anleihe weiteste Kreise beteiligt sind, ist ersichtlich in ähnlichen Dingen zu suchen, wie sie bei der 3 proz. Reichsanleihe mitgespielt haben. Es verdichten sich die Gerüchte, daß die Einführung der Anleihe an der Londoner Börse bevorstehe. Wie weit diese Gerüchte zutreffen, ist bis jetzt nicht mehr kontrollierem. Es wäre jedenfalls für einen solchen Zweck notwendig, daß sich ein größeres englisches Konsortium für das Papier interessiert. Verschärfend wirken noch markttechnische Gründe auf die Kursbewegung ein, da die großen Bestände der Reichsanleihe-A.-G., mit denen bisher am Markte interveniert wurden, zur ausverkauft zu sein scheinen.

Rhein-Main-Donau-A.-G. — Oberbayerische Kraftwerke.

Seit einiger Zeit mehrten sich die Gerüchte, daß eine Verquickung der Rhein-Main-Donau-A.-G. und der großen Oberbayerischen Kraftwerke geplant sei und daß der durch diese Verschmelzung zustande kommenden großen Gesellschaft eine wertbeständige Anleihe zur Verfügung gestellt werden sollte. Da jedoch die Verquickung dieser beiden Komplexe unter Umständen eine Gefährdung der bis zu 80 pCt. fertiggestellten Werkedes Walchensees, der mittleren Isar und des Bayernwerkes bedingt hätte, hat sich der Widerstand gegen sie soweit verdichtet, daß gestern in einer entscheidenden Sitzung von dem Plane Abstand genommen wurde. Maßgebende Persönlichkeiten der bayerischen Volksparteiund einer großen Elektro-Industrie-Firma hatten sich lebhaft für das Zustandekommen der Anleihe ins Zeug gelegt.

Ludwig Wessel A.-G. für Porzellan- und Steingutfabrikation in Bonn. Die Verwaltung unseres Kölner Mitarbeiters wird die diesjährige Dividende vorzuschlagen. Mauthner-Textilwerke A.-G. und der Deutschen Mauthner-Textilwerke A.-G. ermächtigt wurde und zu diesem Zwecke das Aktienkapital der Gesellschaft entweder gleich oder nach und nach auf 150 Millionen Kronen (tschechisch) erhöht werde. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, auf Grund dieser Ermächtigung das Aktienkapital vorläufig auf 100 Millionen zu erhöhen und den Emissionskurs mit 130 Kronen (tschechisch) für die Aktie, das ist 150 pCt. nominell, festzusetzen. Die Uebernahme der neuen Aktien wird durch ein Konsortium sichergestellt. Nach Durchführung dieser Transaktion werden dem Konzern der Mauthner-Textilwerke 20 Baumwollspinnereien mit ca. 720 000 Spindeln, 17 Webereien mit ca. 12 000 Webstühlen und 3 Vigogne-Spinnereien, 5 große Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten angehören, die sich in der Tschechoslowakei, Oesterreich, Jugoslawien, Ungarn und Deutschland befinden.

Kein Verbot der Lagerverkäufe in der Großkonfektion. In der zerstörten Ausschußsitzung des Verbandes deutscher Damen- und Mädchen Mäntel-Fabrikanten wurden gegen den Antrag, die Lagerverkäufe zu verbieten, schwerwiegende Bedenken erhoben. Derselbe wurde, wie die „Deutsche Konfektion" meldet, abgelehnt und soll von der Tagesordnung der am Sonnabend stattfindenden Vollversammlung abgesetzt werden.

Verlag und Druck: Ullstein & Co. Berlin.